

5:1 für den Euro-Rettungsschirm

Immer neue Garantien für Griechenland: Wie stimmen die sechs Bundestagabgeordneten aus dem Kreis Steinfurt heute ab?

-gir- BERLIN/KREIS STEINFURT. Wie stimmen Sie heute im Bundestag ab, wenn die Erweiterung des Euro-Rettungsschirm beschlossen werden soll, fragten wir die sechs Bundestagabgeordneten aus dem Kreisgebiet. Hier ihre zum Teil etwas gekürzten Antworten:

Jens Spahn, CDU: „Es wäre fatal, den Weg der europäischen Einigung zu verlassen. Wir haben übrigens keine Euro-, sondern eine Schuldenkrise. Daher steht für mich fest: Nur wer harte Sparauflagen erfüllt, verdient unsere Hilfe. Hier ist Griechenland in der Pflicht. Da der erweiterte Euro-Rettungsschirm genau diese Gegenleistung vorsieht, werde ich für ihn stimmen. Zudem hat mir noch keiner eine wirklich überzeugende Alternative darlegen können.“

Ingrid Arndt-Brauer, SPD: „Ich werde dem erweiterten Rettungsschirm, trotz Bedenken und erkennbarer Mängel im Gesetzentwurf



Ein griechischer Euro: Wird es ihn auch in Zukunft noch geben?

Foto: dpa

der Regierung zustimmen. Begründung: Wir verdanken EU und Euro ein großen Teil unseres Wohlstands und mehr als 60 Jahre Frieden, was viele Bürger oft vergessen. Darum ist es jetzt richtig Haftungsrisiken zu übernehmen. Die Hilfen für die notleidenden Staaten gibt es nicht umsonst, sondern nur gegen (harte) Auflagen. Es braucht aber auch massive

Investitionen in die Wirtschaft, damit betroffene Länder wieder auf die Füße kommen. Die Gelder darf nicht allein der Steuerzahler bereitstellen. Die SPD fordert schon seit langem eine Beteiligung des Finanzsektors (Finanztransaktionssteuer) und eine Gläubigerbeteiligung.“

Claudia Bögel, FDP: „Ich stimme der Erweiterung des

EFSE zu, weil sonst unkalkulierbare Risiken für die EU und die gemeinsame Währung drohen. Besonders Deutschland als Exportnation ist auf eine stabile und gemeinsame Währung angewiesen. Eine Gefährdung des Euros würde gleichzeitig eine Gefährdung von Wachstum und Arbeitsplätzen in unserem Land bedeuten. Sollte es Griechenland nicht gelingen, ein umfassendes Reformprogramm umzusetzen, darf es auch keine neuen Hilfspakete mehr geben.“

Dieter Jasper, CDU: „Heute entscheidet der Bundestag nicht über die Griechenlandhilfe, sondern über die Ertüchtigung des bereits beschlossenen EFSE. Dieser Schutzschirm für Europa wird materiell gestärkt (durch Erhöhung des Garantierahmens von bisher 400 Mrd. € auf 780 Mrd. €) und erhält zusätzliche Instrumente. Nur so kann die „Ansteckungsgefahr“ eingedämmt werden. Wir sichern

die Stabilität der Eurozone und gewinnen Zeit für die Mitgliedsstaaten, ihre Probleme eigenständig zu lösen. Deshalb werde ich dem Gesetzentwurf zustimmen.

Karl Schiewerling, CDU: „Ich werde zustimmen. Diese Entscheidung fällt mir alles

»Es ist absurd, dass die EZB Geld für 1,5 Prozent an Privatbanken leiht, die das Geld für Wucherzinsen an Griechenland weiter verleiht.«

Kathrin Vogler

andere als leicht. Denn dieses Thema ist für einen schlichten Abgeordneten wie mich in seiner Dimension, Tragweite und Konsequenz extrem komplex. Deshalb habe ich mich selbst sehr intensiv: bei der Bundesregierung, in unserer Fraktion und bei wissenschaftlichen Diensten infor-

miert. Nach aller Abwägung unterstütze ich deshalb den Kurs unserer Bundeskanzlerin. Wir überweisen heute kein Geld nach Griechenland; wir gewähren auch keinen Kredit. Inhalt des Bundestagsbeschlusses ist die Verbesserung des bestehenden, befristeten Euro-Rettungsschirms EFSE.“

Kathrin Vogler, Linke: „Ich lehne den Eurorettungsschirm ab. Er ist unzureichend und nicht nachhaltig, weil die Bundesregierung es versäumt, die Ursachen der Finanzkrise anzugehen. Aus meiner Sicht ist es absurd, dass die Europäische Zentralbank Geld für 1,5 % an Privatbanken verleiht, die das Geld für Wucherzinsen an Griechenland weiterverleihen. Dabei haben die Privatbanken keinerlei Risiko, denn wenn Griechenland nicht zahlen kann, müssen die Steuerzahler die Risiken tragen. Deshalb ist der Eurorettungsschirm aus meiner Sicht ein Bankenrettungsschirm.“